



DIE LINKE.
Liste Miteinander

■ **Am 7.2.2010** finden in ganz NRW die Wahlen zu den kommunalen Integrationsräten statt. Diese sind seit der Gesetzesänderung vom Juni 2009 die politische Vertretung der Zuwanderer.

In enger Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik soll sich der Integrationsrat vor allem um folgende Angelegenheiten kümmern:

- verbesserte Teilhabe von Migrantinnen
- interkulturelle Ausrichtung von Verwaltungen, Sozialdiensten und Bildungseinrichtungen
- Jugendprogramme für den beruflichen Einstieg
- verbesserte Angebote zur Gesundheits- und Wohnsituation
- Förderung der Migrantenselbstorganisation

- migrationsfreundliche Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen auf kommunaler Ebene

- Einführung des Kommunalwahlrechts für alle, die ihren Lebensmittelpunkt bei uns haben – genauso wie es in vielen Ländern der EU schon Praxis ist.

Die Integrationsräte ersetzen die bisherigen Ausländerbeiräte bzw. Beiräte für Integration und Zuwanderung. Sie haben auch künftig nur beratende Funktion gegenüber dem Rat, aber ein beachtliches politisches Gewicht.

Wahlberechtigt sind alle Migrantinnen, die am Wahltag mindestens 16 sind, seit mindestens einem Jahr einen geregelten Aufenthaltsstatus und mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl in Duisburg ihren Hauptwohnsitz haben. Nach der neuen gesetzlichen Regelung haben auch

Eingebürgerte Wahlrecht, soweit die Einbürgerung nicht länger als 5 Jahre zurück liegt.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, d.h. auch Menschen ohne Migrationshintergrund, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und nicht bei der Stadtverwaltung beschäftigt sind.

In Duisburg werden laut Beschluss des Rates der Stadt 18 Bewerber direkt gewählt und 9 vom Rat der Stadt entsandt. Die Duisburger LINKE hat für eine gemeinsame fortschrittliche Liste geworben, die möglichst viele Migranteneinigungen einbeziehen sollte. Das ist leider nicht gelungen.

Wir treten deshalb mit einer eigenen Liste an: **DIE LINKE – Liste Miteinander.** Wir wollen für eine weltof-

fene, tolerante und fortschrittliche Mehrheit im Integrationsrat kämpfen. Unsere Liste arbeitet auf der Grundlage der migrations- und integrationspolitischen Vorstellungen und Forderungen der Duisburger LINKEN. Unsere Kandidatinnen- und Kandidatenliste ist nach Geschlechtern quotiert. Sie berücksichtigt auch verschiedene Herkunftsländer. Unsere Liste ist eine Offene Liste, d.h. sie setzt die Parteimitgliedschaft der Kandidatinnen und Kandidaten in der LINKEN nicht voraus.

Wir bitten Sie:
Verschenken Sie nicht Ihre Stimme!

Wählen Sie DIE LINKE – Liste Miteinander!

Das will DIE LINKE – Lis



Listenplatz 1: Kenan Ilhan
„Es darf keine Menschen 1., 2. und 3. Klasse geben. Wir setzen uns für die volle rechtliche und soziale Gleichstellung der MigrantInnen ein.“



Listenplatz 2: Filiz Kurt
„Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für unsere Stadt – auf allen Ebenen. Nur Reiche brauchen keine öffentliche Förderung.“



Listenplatz 3: Selahattin Tekin
„Bildungsförderung und Armutsbekämpfung sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb: Länger gemeinsam lernen, ausreichende soziale Sicherung, Sozialpass mit Sozialticket.“

■ **Duisburg** ist – wie das Ruhrgebiet insgesamt – seit Generationen durch Zuwanderung geprägt. Ein Drittel der Duisburger Bevölkerung hat einen Zuwanderungshintergrund, d.h. ist entweder zugewandert oder in einer Einwandererfamilie geboren. Menschen aus rd. 140 Nationen mit 37 Sprachen leben bei uns.

Die Zuwanderungsbevölkerung ist Bestandteil unserer Stadtgesellschaft und Arbeitswelt. Zu ihrer umfassenden Integration gibt es überhaupt keine Alternative. Durch dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und schlechte Bildungspolitik ist die Sozialnot allgemein gestiegen. Der städtische Sozialbe-

richt belegt das auf bittere Weise mit Zahlen und Fakten.

Die globale Wirtschaftskrise verschlimmert die Lage. Doch während für die Rettung von Banken und Börsenzockern hunderte Milliarden locker gemacht werden, drohen in Bund, Ländern und Gemeinden neue Haushaltskürzungen.

Weitere Steuernachlässe für Reiche sind bereits in Vorbereitung. In Duisburg sollen im kommenden Haushalt 150 Mio. Euro weggekürzt werden – gerade bei Bildung, Kultur und Sport.

Zuwanderung schafft große Entwicklungspotenziale durch kulturelle Vielfalt, Begegnung und Mehrsprachigkeit, wenn die Aufnahme politisch gewollt ist und die Eingliederung richtig gefördert wird. Doch die große Mehrheit der Zugewanderten ist im Vergleich zur deutschen Ursprungsbevölkerung immer noch schlechter gestellt und vielfach diskriminiert.

Bei den Bürgerrechten, auf dem Arbeitsmarkt, bei Bildungschancen und -abschlüssen, im kulturellen Leben, der Wohnungsfrage und bei der Einkommensverteilung zählt die Mehrheit der Menschen mit Zuwanderungshintergrund zu den Schlusslichtern der Stadtgesellschaft.



Listenplatz 6: Emine Yilmaz
„ErzieherInnen müssen selbst erzogen werden. Interkulturelle Ausbildung, Verständnis und Einfühlungsvermögen sind in einer Stadt wie Duisburg unverzichtbar für ein gutes Zusammenleben.“



Listenplatz 7: Demir Gökten
„Integration ist eine städtische Querschnittsaufgabe. Deshalb brauchen wir endlich ein Amt für Zuwanderung und Integration, das dem gewachsen ist.“



Listenplatz 8: Dilan Sert
„Bald hat die Mehrzahl der Duisburger Kinder und Jugendlichen einen Zuwanderungshintergrund. Ohne ihre umfassende Förderung hat Duisburg keine Zukunft.“

te Miteinander



Listenplatz 4: Young-Sin Kim
 „Migrantinnen haben im Durchschnitt die schlechtesten Karten in allen Lebenslagen. Ein Ende der Frauendiskriminierung wird nicht erbettelt, sondern muss gemeinsam erkämpft werden.“



Listenplatz 5: Mimo Jusupovic
 „Duisburg will Sportstadt sein, aber der Breitensport kommt viel zu kurz. Sportförderung für alle und interkulturelle Öffnung der Vereinslandschaft gehören zusammen.“

Fremdenfeindliche Vorurteile, nationale Überheblichkeit und rassistische Ausgrenzung spielen dabei oftmals eine üble Rolle.

Ein besseres Leben kann aber nur gemeinsam erkämpft werden.

Wir brauchen endlich mehr Mut in der Integrationspolitik. Wir müssen endlich das nachholen, was seit Jahrzehnten von Bundes- und Landespolitik, Wirtschaft und Kommunen versäumt, verzögert oder verhindert wurde.

Auf der kommunalen Ebene konzentrieren sich alle Probleme, die mit Zuwanderung, Integra-

tion und Zusammenleben verbunden sind. Weil ein großer Teil unserer Bevölkerung einen Zuwanderungshintergrund hat, ist der gesamte Querschnitt kommunaler Politik gefordert.

DIE LINKE und ihre gewählten MandatsträgerInnen im Rat der Stadt und in den Bezirksvertretungen setzen sich seit vielen Jahren für bessere Verhältnisse ein. Die Integrationspolitik ist einer unserer Schwerpunkte.

Unser Ziel ist die volle rechtliche und soziale Gleichstellung. Mit Erkan Kocalar stellen wir den ersten Bürgermeister der Stadt Duisburg mit Migrationshintergrund.

Aus dem Forderungsprogramm der LINKEN

- Schaffung eines kommunalen Amtes für Zuwanderung und Integration
- Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von MigrantInnen in der örtlichen Wirtschaft, der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben
- Mehr interkulturelle Kompetenz des Lehr- und Ausbildungspersonals
- Erleichterte Anerkennung von Qualifikationen, die im Herkunftsland erworben wurden
- Bedarfsgerechter Ausbau der frühkindlichen Förderung und der Kinderbetreuungseinrichtungen
- Längeres gemeinsames Lernen in der schulischen Bildung
- Ausbau des kommunalen Frauenförderplans
- Mehr Frauenberatungsstellen und verbesserte Betreuung von Gewaltopfern
- Förderung der kulturellen Vielfalt im Stadtteil und in den zentralen städtischen Einrichtungen (Theater, Konzert)
- Förderung des gemeinsamen Sportangebots für Jugendliche und interkulturelle Öffnung der Vereinslandschaft
- Einführung von Sozialpass und Sozialticket für Bedürftige
- Humane Flüchtlingspolitik
- Sicherstellung der schulischen Ausbildung und medizinischen Versorgung für Kinder ohne Aufenthaltsstatus
- Förderung der demokratischen Selbstorganisation und politischen Teilhabe der Zuwanderer
- Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Zuwanderer, die ihren Lebensmittelpunkt bei uns haben
- Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus

(Das vollständige Integrationsprogramm der Duisburger LINKEN steht als Broschüre oder als Download zur Verfügung: www.dielinke-duisburg.de oder www.linksfraktion-duisburg.de)



Listenplatz 9: Frank Harnack
 „Integration ist keine Einbahnstraße, auch die Mehrheitsgesellschaft muss ihren Beitrag dazu leisten. Nur zusammen kann man bestehende Probleme lösen.“



Listenplatz 10: Ute Abraham
 „In vielen EU-Ländern gibt es längst das Kommunalwahlrecht für MigrantInnen. Nur nicht bei uns. Integrationsräte können nur ein Schritt auf dem Weg zum Kommunalwahlrecht für alle sein.“



Listenplatz 11: Birane Gueye
 „Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Flüchtlinge und Flüchtlingskinder gehören zu den Schwächsten.“

Im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse anerkennen

Plenarrede von Sevim Dagdelen am 03.12.09 im Deutschen Bundestag

■ Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wir haben hier heute in der Aktuellen Stunde noch einmal vergegenwärtigt bekommen, dass in Deutschland für den Lebensweg und auch für die Bildungskarriere immer noch der Geldbeutel oder auch die Herkunft entscheidend ist. Auch deshalb haben wir Linken bereits 2007 als erste Fraktion konkrete Vorschläge zur erleichterten Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüssen vorgelegt. Alle anderen Fraktionen dieses Hauses fanden dieses Anliegen wichtig und richtig, nur lösen wollte das Problem dann doch niemand, außer den Linken.

So wurde unser Antrag noch im Januar diesen Jahres von Ihnen allen abgelehnt. Doch, siehe da, fünf Monate nach der Ablehnung unseres Antrages – der Wahlkampf rückte ja näher – gab es dann ein gemeinsames Eckpunktepapier der zuständigen Bundesministerien. – DIE LINKE wirkt also!

Der Skandal aber ist, dass die Große Koalition mit ihrem gesamten Ministerialapparat innerhalb von vier Jahren nicht mehr geschafft hat als lediglich Eckpunktepapiere.

Spätestens seit dem „Sechsten Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ vom Juni 2005 hätte Ihnen dieses Problem bekannt sein müssen, und man hät-

te auch erwarten können und dürfen, dass Sie handeln, aber auch das folgte nicht.

Für die Betroffenen ist es wirklich schon zynisch, wenn die SPD nun in ihrer Antragsbegründung über die Zeit ihrer Regierungsverantwortung von „Stagnation“ schreibt. Die Gefahr des sozialen Abstiegs hat sich dadurch für viele Migrantinnen und Migranten in den letzten vier Jahren nicht nur vergrößert, sondern diese Gefahr ist auch Realität geworden. Die Erwerbsbiografien und auch die Qualifikationen dieser Menschen sind immer weiter entwertet worden. Vier Jahre Dequalifizierung, vier Jahre Diskriminierung und auch vier Jahre Ablehnung, wie Sie selbst in Ihrem Antrag richtigerweise schreiben. Das haben Sie von der SPD allerdings leider auch mitzuverantworten.

Und was noch schlimmer ist: Die bereits bestehenden gutachterlichen Anerkennungsverfahren durch die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen haben sich durch die massiven Kürzungen bei den personellen Ressourcen der Länder um bis zu 40 Prozent sogar noch verschlechtert. Das musste die Bundesregierung auf meine schriftliche Frage hin sogar einräumen. Auch das ist ein Skandal.

Denn die Integrationsbeauftragte, Frau Böhmer – sie ist ja heute anwesend –, hat zwar immer wieder betont, dass die unzureichende Anerkennung bzw. die Nichtanerkennung von aus-



ländischen Hochschulabschlüssen und von Qualifikationen ein „Skandal“ sei, der „schnellstmöglich beendet“ werden müsse, aber auch hier folgten den Worten keine Taten.

Bedauerlich ist auch, dass die zwischenzeitlich vorgesehene Möglichkeit einer Approbation in Heilberufen für Migrantinnen und Migranten ebenso aus dem Entwurf des Koalitionsvertrages herausgefallen ist wie auch die Sechsmontatsfrist für das Anerkennungsverfahren. Das ist sehr bedauerlich.

Nun aber haben sich die CDU, die CSU und die FDP in ihrem Koalitionsvertrag dieses Anliegen sozusagen auf ihre Fahne geschrieben. Doch DIE LINKE wird und will nicht zulassen, dass noch

einmal vier Jahre vergehen, bis diese Benachteiligung von rund einer halben Million Migrantinnen und Migranten endlich beseitigt wird. Deshalb möchten wir Ihnen mit unserem Antrag noch einmal Beine machen.

Deshalb teilen wir das Misstrauen der Grünen, die ebenfalls ganz offenkundig bei dieser Bundesregierung nicht auf die Einsicht in das Notwendige warten wollen, und deshalb erneut unser Antrag mit zwingenden Mindestforderungen für diesen Bereich.

Warum die Grünen allerdings unserem Antrag im Januar 2009 nicht zugestimmt haben, bleibt ihr Geheimnis. Aber wir freuen uns selbstverständlich, wenn DIE LINKE auch bei den Grünen hin und wieder wirkt.



Erkan Kocalar, migrationspolitischer Sprecher der Ratsfraktion und ehrenamtlicher Bürgermeister der Stadt: „Ich bitte alle Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. DIE LINKE – Liste miteinander am 7.2.10 wählen!“

Leitlinien zur integrativen Kommunalpolitik



Das aktuelle und detaillierte Programmpapier zu Fragen der Migration und Integration aus kommunalpolitischer Sicht.

Kostenlos zu beziehen in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg, Telefon 02 03 / 9 30 86 92, Telefax 02 03 / 9 30 86 94, buero@linksfraktion-duisburg.de

Sternmarsch verhindern

Mit anderen reaktionären Kräften will die selbst ernannte „Bürgerbewegung pro NRW“ im Frühjahr 2010 eine Konferenz im Ruhrgebiet veranstalten und in diesem Rahmen zu einem Sternmarsch gegen die Duisburger Moschee in Marxloh aufrufen. Der Marsch soll in den umliegenden Ruhrgebietsstädten starten. Ihr Ziel ist es, die Partei vor den Landtagswahlen im Mai in die Schlagzeilen zu bringen und mit einer erneuten antimuslimischen Kampagne den Sprung in den nordrhein-westfälischen Landtag zu meistern.

Gegen diese geplanten Aktionen regt sich breiter Widerstand, um einen rassistischen Aufmarsch politisch zu verhindern. DIE LINKE wird sich daran aktiv beteiligen und ruft alle BürgerInnen auf, sich diesen reaktionären Kräften in den Weg zu stellen.

Informationen über geplante Aktivitäten werden auf www.die-linke-duisburg.de veröffentlicht.

Termine

10.02.10, 18.30 Uhr
Mitgliederversammlung der LINKEN Kreisverband Duisburg.
Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32, DU-Kaßlerfeld

Alle Infos unter blockdresden@linksjugend-solid-nrw.de. Aufruf unter www.dresden-nazifrei.de

13.02.10
Bus nach Dresden: Nazifrei! Dresden stellt sich quer!

17.02.10, 19.00 Uhr
Politischer Aschermittwoch der Duisburger LINKEN.
Einlass 18.30 Uhr, Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32, DU-Kaßlerfeld

Impressum

Redaktion Standpunkt
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 02 03 / 9 8 52 41 99

E-Mail
redaktion_standpunkt_kv_duisburg@linke-news-nrw.de

Internet
www.dielinke-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Bankverbindung
Stadtparkasse Duisburg,
BLZ: 350 500 00,
Kto. Nr.: 227 006 368

Auflage
10.000

Druck und Layout
Mondial Druck und Medien, Duisburg

Herausgeber
DIE LINKE Kreisverband Duisburg

Bezug
Wenn Sie den Standpunkt regelmäßig beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an die Redaktion. Der Standpunkt finanziert sich durch Spenden. Für Ihre finanzielle Unterstützung wären wir Ihnen dankbar.